

S t a d t H a a n

Niederschrift über die

8. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen der Stadt Haan

am Mittwoch, dem 08.06.2022 um 17:07 Uhr
in der Aula des Schulzentrum Walder Strasse

Beginn:
17:07

Ende:
20:35

Vorsitz

Stv. Bernd Stracke

CDU-Fraktion

Stv. Annette Leonhardt
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind
AM Johannes Woike

bis TOP 8

SPD-Fraktion

Stv. Martin Haesen
AM Ulrich Klaus

bis TOP 5

Vertretung für AM Michael Petersen, bis
TOP 9

Stv. Simone Kunkel-Grätz

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat
AM Dieter Terjung

GAL-Fraktion

AM Lucio Dröttboom
Stv. Tabea Haberpursch

FDP-Fraktion

AM Eva-Lotta Dahmann

Vertretung für Stv. Dirk Raabe

Schriftführung

VA Fabian Beyer

beratende Mitglieder

Frau Gabi Bongard
AM Dieter Smolka

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Verwaltung

VA Michael Schneider

VA Felix Rinke

AM Christine Kadach

StA Daniel Jonke

Gäste

Frau Beate Bungart

Herr Gärtner

Der stv. Vorsitzende Klaus Mentrop eröffnet um 17:07 Uhr die 8. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest. Während TOP 1 übernimmt **Stv. Stracke** die Sitzungsleitung.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

VA Schneider erklärt, ausweislich der Tischvorlage habe der SKFM seine Anträge zu TOP 4 zurückgezogen bzw. um spätere Behandlung dieser gebeten.

Bgo. Herz möchte aber dennoch einen Beschluss hierzu fassen und schlägt vor, den TOP auf der Tagesordnung zu belassen.

Hierzu besteht Einvernehmen.

Öffentliche Sitzung

1./ Bericht des Seniorenbeirates

Protokoll:

Hr. Sattler eröffnet mit dem Hinweis, dass die neue Seniorenbrochure erst im Herbst veröffentlicht werden könne. Auch die Inbetriebnahme der City-Toilette verzögere sich bis zum Juli. Die neue Muster-Stadtbank sei aufgestellt worden und die Verwaltung werde das schriftliche Stimmungsbild der Bürger zur nächsten SPUBA-Sitzung auswerten. Der Senior(inn)enbeirat sei ferner gemeinsam mit den Behindertenbeauftragten an der Vorplanung zum Ausbau des Bürgerhausareals beteiligt worden. Bzgl. der Sprechstunden habe sich der Senior(inn)enbeirat dazu entschieden, diese in der warmen Jahreszeit open air in Haan und Gruiten durchzuführen. Der vom Senior(inn)enbeirat initiierte Beschluss zur Hilfe von Bedürftigen wegen gestiegener Energiepreise sei von der Verwaltung vorbildlich umgesetzt worden. Allerdings sei die Nachfrage nach Hilfe noch gering, da die meisten Abrechnungen noch nicht zugestellt worden seien. Mit dem JUPA und den Behindertenbeauftragten sei gemeinsam mit der Verwaltung Einvernehmen über notwendige Kürzungen bei der Planung des Haaner Bachtals erzielt worden. Ob dies ausreichend sei, werde neu berechnet. Der Runde Tisch Klimaschutz habe in der Arbeitsgruppe „Mobilität und Fahrradstruktur“ tolle Lösungen erarbeitet, die aber wohl kaum Berücksichtigung im Klimaleitfaden wert gewesen seien. Dies frustriere alle Teilnehmer und stelle deren weitere Mitarbeit infrage. Schließlich werde sich der Runde Tisch Mitte/Ost/West am 01.10. anlässlich des „Tag des älteren Menschen“ mit einem neuen Flyer auf dem Neuen Markt der Öffentlichkeit präsentieren.

Beschluss:

Der Bericht des Seniorenbeirats wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

2./ Bericht über die Seniorengerechte Quartiersentwicklung
Vorlage: 50/022/2019/10

Beschluss:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

3./ Bericht der Behindertenbeauftragten

Protokoll:

Fr. Bongard stellt die neuen Ausweishüllen für Schwerbehindertenausweise „Schwer-in-Ordnung“ vor und bittet bei Interesse um Abholung bei den Schwerbehindertenvertretern. Wenn es die pandemischen Verhältnisse zu ließen, planen die Schwerbehindertenvertreter wieder eine Hilfsmittelausstellung. Darüber hinaus stellt sie das Projekt „Assistenzhunde“ vor. Diese würden noch immer zu selten als Hilfestellung wahrgenommen. Auch seien für den Sommer weitere Begehungen geplant, zu denen die Schwerbehindertenvertreter sehr gerne Vorschläge entgegennehmen.

Beschluss:

Der Bericht der Behindertenbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

3.1. Erläuterung der Merkzeichenvergabe in Schwerbehindertenausweisen / - hier: Fr. Bungart, Kreis Mettmann

Protokoll:

Fr. Bungart referiert zunächst über die gesetzlichen Voraussetzungen zur Erlangung des Merkzeichens G im Schwerbehindertenausweis.

Stv. Mentrop erklärt für die CDU-Fraktion, heute solle es darum gehen, wie man die Bedürftigen darin unterstützen könne, die innerstädtischen Parkplätze problemlos ansteuern zu können und verweist auf die Hildener Regelung „aG light“.

Hr. Smolka möchte behinderte Menschen unterstützen, deren Verschlechterungsanträge häufig abschlägig beschieden würden und wünscht sich mehr Spielraum für die Merkzeichenanerkennung.

Fr. Bungart macht deutlich, der Gesetzgeber stelle sehr hohe Anforderungen für die Anerkennung des Merkzeichens aG. In Hilden erlaube das Merkzeichen „aG light“ ein längeres Parken in Parkverbotszonen bzw. ein Befahren autofreier Zonen. Dabei handele es sich um eine Entscheidung der jeweiligen Kommune, weil eine solche Erlaubnis in das Rechtsgebiet des ruhenden Verkehrs eingreife.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** erbittet eine kurze Verschriftlichung dieser Ausführungen (Anlage 1).

VA Schneider stellt auf die 90 € ab, die monatlich für eine ÖPNV-Nutzung mit G-Merkzeichen anfielen und fragt nach einer analogen Erleichterung im Sinne des 9 €-Tickets.

Fr. Bungart erläutert, auf einen Monat gerechnet ergebe sich sogar ein geringerer Betrag als 9 €.

Fr. Kunkel-Grätz fragt noch für die SPD-Fraktion, ob die Regelung „aG light“ auch auf Krebserkrankte anwendbar sei.

Fr. Bungart bestätigt, je nach Verlauf der Krankheit könne es auch zu Gehbehinderungen kommen. Ein solcher Ausweis könne bei Verschwinden der Voraussetzungen auch wieder aberkannt werden.

4./ Anträge des SKFM zur Unterstützung der Arbeit der Haaner Tafel vom 23.05.2022 (verfristet eingegangen) Vorlage: 50/019/2022

Protokoll:

Bgo. Herz verliest einen Beschlussvorschlag, der dem SKFM Haan übermittelt werden soll, damit für künftige Anträge an den SIGA klar sei, wie sich Ausschuss und Verwaltung einen sachgerechten Umgang miteinander vorstellen.

Dies halten die Fraktionen für zustimmungsfähig.

Beschluss:

"Der SKFM wird gebeten, der Verwaltung bis zum 31.07.2022 seine finanzielle Situation - bezogen auf den Betrieb der Tafel in Haan - umfassend und prüfbar in Einnahmen und Ausgaben darzulegen, so dass der ungedeckte Betrag für den Betrieb der Tafel daraus konkret ablesbar ist. Gleiches gilt für die Aufwendungen hinsichtlich der Neuanschaffung des Kühltransporters. Auf dieser Basis erstellt die Verwaltung einen Beschlussvorschlag für den SIGA am 30.08.2022."

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5./ Jahresbericht der Schuldnerberatungsstelle Haan

Protokoll:

Hr. Gärtner führt aus, nach dem Ruhestand von Hr. Beyll habe man sich neu aufgestellt und sei in ein neues Beratungszentrum gezogen. Dieses garantiere kurze Wege für Haan durch bessere Vernetzung und kollegialen Austausch. Bei der Schuldnerberatung sei eine Zunahme von Beratungen wegen Kurzarbeit und Wegfall von Einkommen in Corona-Zeiten zu beobachten. Inzwischen biete man auch Online-Beratungen an, die auch einen Dokumentenaustausch ermöglichen. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen sei noch nicht signifikant angestiegen, allerdings stünden die Jahresrechnungen der Energieversorger noch aus. Derzeit sorgten zwei sich überlappende Krisen für finanzielle Nöte bei den Menschen. Hier werde regelmäßig eine Priorisierung der Zahlungen empfohlen, Miete und Strom müssten zuerst beglichen werden. Auch die Krankenkassen könnten bei säumigen Beitragszahlern ihre Leistung auf eine Grundversorgung herabstufen.

VA Schneider legt dar, dass es Verhandlungen mit der Caritas bzgl. der künftigen Zusammenarbeit gebe, die auch Präventionsarbeit an den Haaner Schulen einschließe.

Beschluss:

Der Jahresbericht der Schuldnerberatungsstelle Haan wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**6./ Stellenanteil Case Management im Rahmen des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM)
Vorlage: II/025/2022**

Protokoll:

Bgo. Herz erläutert die Vorlage.

Stv. Lukat geht für die WLH-Fraktion davon aus, dass der zuständige DOPA entsprechend beteiligt werde, da die Vorlage sehr wohl finanzielle Auswirkungen habe, wenn man berücksichtige, dass die Förderung für die Kosten eines Arbeitsplatzes nicht dauerhaft gesichert sei. Sie bittet diese finanziellen Auswirkungen im HFA dezidiert darzulegen.

Bgo. Herz erklärt, das Land NRW wolle das Projekt KIM verstetigen, doch wisse man tatsächlich heute noch nicht, für wie viele Jahre mit einer finanziellen Förderung gerechnet werden könne. Selbstverständlich würden DOPA und HFA im Rahmen der Stellenplanberatungen beteiligt.

Beschluss:

Der SIGA nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung beabsichtigt, zusätzlich eine 0,5-Stelle für das Case Management im Fachbereich 50-22 in den Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2023 einzubringen (TVöD SuE 12), dieses gefördert durch das Programm KIM und weitere Kreismittel.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**7./ Auswirkungen der angestrebten Neuorganisation der Abteilung 50-1, der Innenrevision sowie der Neueinrichtung der Stabsstelle Sozialplanung des Amtes 50 auf den Stellenplan 2023
Vorlage: 50/018/2022**

Protokoll:

Bgo. Herz erläutert die Vorlage. Dabei weist sie darauf hin, dass das Amt 50-1 einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt des sozialen Friedens in Haan leiste und in den vergangenen Jahren bzgl. Unterbesetzung und Mehrarbeit erheblich in Vorleistung getreten sei. Nun sei aber eine organisatorische Nachsteuerung zur Qualitätssteigerung und dem Erhalt der Kundenzufriedenheit erforderlich - nicht zuletzt durch Gesetzesänderungen und steigende Fallzahlen. Wesentlich sei, dass in der Abteilung 50-1 mit bisher einem Sachgebiet zwei weitere, neu zusammengestellte Sachgebiete mit Leitungen entstehen sollen, um die sehr heterogenen Aufgabenkomplexe besser administrieren zu können. Außerdem müsste gerade im Bereich existenzsichernder Leistungen die Vertretungssituation gewährleistet werden (UVG und Wohngeld). Zudem müsse auch die Aufgabe der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten ermöglicht werden. Dies konnte bislang nicht realisiert werden.

Stv. Lukat bemängelt das Fehlen einer finanziellen Unterfütterung.

Hr. Smolka möchte die Menschen gut beraten wissen, damit diese nicht Ordnungswidrigkeiten begingen.

Bgo. Herz unterstreicht, die Zielsetzung des Amtes für Soziales und Integration, dass die Menschen umfassend beraten werden. Sie seien verpflichtet, Veränderungen in ihren Leben selbständig mitzuteilen, sofern diese Einfluss auf die Leistungsgewährung hätten.

VA Schneider fügt an, zwar gehöre die OWIG-Beratung zu den Pflichtaufgaben der Sozialverwaltung, diese könnten aber aufgrund der personellen Situation derzeit kaum geleistet werden.

Beschluss:

Der SIGA nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung beabsichtigt, die in der Vorlage dargestellten Veränderungen in den Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2023 einzubringen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

8./ Vorstellung des Konzeptes Sozial- und Armutsbericht Vorlage: II/023/2022

Protokoll:

Bgo. Herz leitet mit der Bemerkung ein, dass diese Vorlage wegen fehlender Personalressourcen von ihr selbst als Diskussionsgrundlage erstellt worden sei, weil man bei der Politik im Wort stand. Daher sei sie sicher noch unvollständig und die

Anregungen des SIGA könnten im Sinne des formulierten sozialpolitischen Leitbildes eingearbeitet werden.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** sieht neben der erwähnten Kinderarmut auch eine Altersarmut.

Stv. Kunkel-Grätz reklamiert seitens der SPD-Fraktion, Senioren und Frauen verdienten mehr Aufmerksamkeit. Auch trans- und queere Bevölkerungsgruppen sollten Erwähnung finden. Schließlich müsste die Haaner Relation arm/reich anschaulich dargestellt werden.

Hr. Sattler bittet darum, folgende Ergänzungen zu berücksichtigen: Unter „Beteiligungen“ die Erfahrungen mit Armut in KiTas, Schulen, bei Sozialverbänden, Schuldnerberatung, Senior(inn)enbeirat u.v.a.m., neben Kinder- auch explizit Altersarmut darstellen, wozu es insbesondere auch gehöre, nicht nur steuerpflichtige Erwerbseinkommen sondern auch Alters-/Renteneinkünfte einzubeziehen, denn gerade für die kleinen Renten würden ja keine Steuern fällig.

Hr. Smolka fehlen die Teilhabemöglichkeiten behinderter Menschen.

Stv. Leonhardt bittet den 3. Punkt des Leitbildes für Menschen in schwierigen Lebenslagen zu öffnen. Die Teilhabe behinderter Menschen könne durch den Zugang zum Sport ermöglicht werden. Auch die Zahngesundheit der Kinder gehöre in den Bericht.

Stv. Lukat möchte zunächst eine gemeinschaftliche Datenbasis von Zahlen erfassen, die erhoben werden sollen. Die Darstellung mit Spiegelstrichen gefalle ihr im Gegensatz zu einem Fließtext für ein Leitbild nicht. Sie bittet die Verwaltung nachzuarbeiten, um in HFA und Rat über die heute noch nicht gegebene Beschlussreife befinden zu können.

Auch der Vorsitzende **Stv. Stracke** äußert seine Unzufriedenheit mit dem Leitbild. Ein sozialpolitisches Leitbild solle in Kooperation zwischen Fraktionen und Verwaltung entstehen. Vieles sei jetzt zu allgemein formuliert. Es sollten stattdessen gemeinsame Ziele vereinbart werden.

Nach einer weiteren Diskussion, ob ein sozialpolitisches Leitbild überhaupt gebraucht werde, erklärt **Bgo. Herz**, den Teil III des Berichtes zunächst zu streichen. Die Fraktionen werden gebeten, ihre Zielvorstellungen mitzuteilen, welche die Verwaltung zum nächsten SIGA aufbereiten werde. Sie bittet aber darum, der Verwaltung den Auftrag für den Förderantrag zu erteilen.

Beschluss:

I Der SIGA nimmt den Entwurf der Verwaltung zu einem Sozial- und Armutsbericht der Stadt Haan laut Anlage zur Kenntnis.

II Der SIGA empfiehlt HFA und Rat die Verwaltung zu beauftragen, einen Förderantrag für eine befristete halbe Stelle „Sozialplanung“ für die Jahre 2023 und

2024 im Rahmen des Programmes „Zusammen im Quartier – Sozialplanung initiieren, weiterentwickeln und stärken“ des MAGS zu stellen und den städtischen Eigenanteil von 20 % der Personalkosten in den Entwurf des Haushaltsplanes 2023 sowie die mittelfristige Finanzplanung für 2024 einzupreisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

9./ Aktuelle Flüchtlingssituation in Haan Vorlage: II/026/2022

Protokoll:

VA Rinke und **VA Kadach** erläutern die aktuelle Flüchtlingssituation in Haan anhand einer PowerPoint-Präsentation.

AM Radtke erkundigt sich, ob angesichts noch unklarer weiterer Flüchtlingszuweisungen aus der Ukraine lediglich Geduldete nicht zur Ausreise aufgefordert werden könnten.

VA Schneider erklärt, die zuständige Bundespolizei habe hier nur wenig Handhabe und zu wenig Personal.

Hr. Smolka lobt die Vorlage als ausgezeichnete Grundlage für die Betreuung von Obdachlosen und Flüchtlingen nach Aufgabenübernahme durch das stadtteigene SIM.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** macht deutlich, dass es ursprüngliche Zielsetzung dieses Ausschusses gewesen sei, Flüchtlinge und Obdachlose nicht gemeinsam in einer Unterkunft unterzubringen, um soziale Unruhen zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund möchte er wissen, ob die Unterkunft Heidfeld einer Untersuchung des Kreisgesundheitsamtes standhalten würde.

VA Schneider versichert, es käme zu regelmäßigen Untersuchungen der Unterkunft durch das Kreisgesundheitsamt.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** erbittet den letzten Bericht des Kreisgesundheitsamtes hierzu zu Protokoll (Anlage 2).

Beschluss:

Der SIGA empfiehlt HFA und Rat, die Ausführungen der Verwaltung zur aktuellen Flüchtlingssituation in Haan zur Kenntnis zu nehmen. Die Sporthalle Adlerstraße wird zeitnah wieder dem Schul- und dem Vereinssport zur Verfügung gestellt. Die Einrichtung der Notunterkunft wird rückabgewickelt und die Materialien und

Einrichtungsgegenstände werden für einen ggfs. erneuten Bedarf eingelagert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

10./ Unterkunftsstrategie der Stadtverwaltung Haan Vorlage: II/024/2022

Protokoll:

VA Schneider erläutert die Vorlage. Sowohl die Abteilung 50-2 als auch das Gebäudemanagement hätten eigentlich mehr Inhalt zusammentragen wollen, die aktuelle Situation des Managements der Kriegsfolgen in der Ukraine sowie krankheitsbedingte Personalausfälle haben das aber nicht zugelassen. Die Idee zur Umsetzung einer neuen Unterkunft an der Kampheider Str. sei bekannt, zur nächsten SIGA-Sitzung hoffe man detailliertere Auskünfte anbieten zu können.

Stv. Lukat moniert Beschlussvorschlag II. Hierzu liege ein Ratsbeschluss vor, der von der Verwaltung seit Jahren ignoriert werde.

VA Schneider erwidert, keinen entsprechenden Ratsbeschluss zu kennen.

Stv. Lukat erklärt, dieser Beschluss müsse nicht noch einmal gefasst werden, weil ein entsprechender Bebauungsplan aktiv sei.

Stv. Leonhardt kritisiert Beschlussvorschlag I, dies ermögliche keine paritätische Verteilung der Flüchtlinge auf Haan und Gruiten und sei der Integration der Menschen nicht zuträglich. Sie fragt nach einem Zeitplan bzgl. der Unterkunft Kampheider Str. und nach weiteren Möglichkeiten, die Flüchtlinge paritätischer über das Stadtgebiet zu verteilen.

VA Schneider bekräftigt noch einmal, die Verwaltung wisse, dass man vom Ziel einer paritätischen Verteilung der Flüchtlinge noch ein gutes Stück entfernt sei, verweist aber auch auf die bekannte Gemengelage, die auch mit der laufenden Renovierung der Unterkunft Deller Str. einhergehe. Mit der laufenden Reaktivierung der Unterkunft Düsseldorf Str. und der einer Umsetzung der Kampheider Str. sei eine Parität zwischen Haan und Gruiten schon erreicht.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** ruft in Erinnerung, dass eine Vermischung von Flüchtlingen und Obdachlosen an einem Standort politisch nicht gewollt sei und von der Verwaltung seit Jahren missachtet werde. Gruiten werde mit Flüchtlingen überlastet. Er fragt, wann endlich mit einer Erneuerung der Container in Ellscheid zu rechnen sei. Die Vorlage der Verwaltung erwecke den Eindruck, dass die Menschen als Fälle wahrgenommen werden und die Lage der zum Teil traumatisierten Menschen nicht genügend berücksichtigt werde.

VA Schneider erwidert, seine Mitarbeiter machten im kreisweiten Vergleich eine hervorragende Arbeit. Es fehlten mehr Unterbringungsmöglichkeiten für vielköpfige Familien auf dem freien Wohnungsmarkt. Würde mehr Wohnraum für Menschen in den Unterkünften zur Verfügung stehen, könnten diese entlastet werden.

Da inzwischen der SIGA aufgrund des § 58 (3) Satz 3 GO NRW nicht mehr beschlussfähig ist, wird auf eine Empfehlung an den HFA verzichtet.

Beschluss:

ohne Empfehlung

11./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen vor.

12./ Mitteilungen

Protokoll:

VA Schneider teilt mit, dass es ab jetzt möglich sei, einen Wohngeld-Antrag online zu stellen.